A2_neu_nach_mod_ü Stärkung von Freiwilligendiensten und Bundeswehr: Für eine moderne, inklusive und resiliente Gesellschaft ohne Dienstpflicht

Gremium: Grüne Jugend Bremen
Beschlussdatum: 10.09.2025
Tagesordnungspunkt: 6 Weitere inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine verändert unsere Welt grundlegend.
2 Durch die Wiederwahl Donald Trumps sind die USA zudem kein verlässlicher
3 transatlantischer Partner mehr. Auch die NATO-Staaten – darunter die deutsche
4 Bundeswehr – rüsten wieder auf. Deshalb soll die Anzahl der Zeit- und
5 Berufssoldatinnen sowie der Reservistinnen deutlich erhöht werden. Neben diesen
6 akuten Herausforderungen steuern die Gesundheits- und Pflegesektoren sowie der
7 zivilen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz seit Jahren von der chronischen
8 Überlastung Richtung Zusammenbruch. In diesem Zusammenhang werden auch die
9 Forderungen nach einer allgemeinen Dienstpflicht lauter.
- 10 Ein erster Schritt in diese Richtung ist das Ende August von der schwarz-roten
11 Bundesregierung auf den Weg gebrachte Wehrdienstgesetz. Bereits ab 2027 soll bei
12 allen 18-Jährigen das Interesse an der Bundeswehr abgefragt werden und ab 2028
13 soll die Musterung für alle Männer des Jahrgangs 2008 wieder verpflichtend
14 eingeführt werden. Mit dem neuen Paragraphen 2a im Wehrpflichtgesetz schafft sich
15 die Bundesregierung die Möglichkeit, die Wehrpflicht kurzfristig wieder
16 einzuführen.
- 17 Wir von Bündnis 90/Die Grünen Bremen sind jedoch überzeugt, dass die
18 Wiedereinführung der Wehrpflicht keine Lösung ist. Vielmehr muss die Bundeswehr
19 gestärkt und reformiert sowie die Verteidigungsfähigkeit EU-weit besser
20 koordiniert und abgestimmt werden. Gleichzeitig müssen unsere
21 Freiwilligendienste und das zivilgesellschaftliche Engagement gestärkt werden,
22 um sie zukunftsfähig und inklusiv zu gestalten. Es müssen die strukturellen
23 Probleme der gegenwärtigen Rahmenbedingungen angegangen werden, um die Dienste
24 in allen Bereichen für die Zielgruppe attraktiver zu gestalten.
- 25 Ausbau und Förderung von Freiwilligendiensten
- 26 Um Freiwilligendienste gut aufzustellen und so zum gesellschaftlichen
27 Zusammenhalt beizutragen, ist eine existenzsichernde Vergütung für alle
28 Freiwilligendienste notwendig. Nur so ist sichergestellt, dass diese Dienste
29 tatsächlich allen Menschen zugänglich sind. Engagement im Rahmen eines
30 Freiwilligendienstes darf kein Privileg für Jugendliche aus finanziell gut
31 situierten Haushalten sein, sondern muss allen Menschen die Chance bieten, sich
32 zu beteiligen, sich weiterzubilden und sich zu engagieren. Darüber hinaus soll
33 die Förderung für eigenverantwortliches zivilgesellschaftliches Engagement
34 erhalten und ausgebaut werden.
- 35 Ein Pflichtdienst würde zunächst einmal nichts an den Rahmenbedingungen ändern.
36 Dass Tätigkeiten in sozialen Berufen und im ehrenamtlichen Katastrophenschutz
37 mit wenig gesellschaftlicher Anerkennung, wenig Geld und hoher Arbeitsbelastung
38 verbunden sind, würde Menschen auch weiterhin abschrecken. Gesellschaftlicher
39 Zusammenhalt muss gemeinsam erlernt und gelebt werden. Die durch einen
40 Pflichtdienst erwarteten positiven Effekte können auch durch gut ausgestattete

41 Freiwilligendienste erreicht werden – was auch heute schon sichtbar ist. Ein
42 Pflichtdienst widerspricht dabei den Prinzipien von Selbstbestimmung in der
43 Gemeinschaft - während die positiven Effekte der Entscheidung für einen
44 Freiwilligendienst schon heute sichtbar sind. Der Höchstsatz des
45 Bundesfreiwilligendienstes von 644 € reicht allerdings kaum zum Leben. Es
46 braucht daher eine deutliche Steigerung der Anerkennungskultur für diese
47 besondere Form des Engagements – monetär sowie durch zusätzliche Anreize wie ein
48 kostenloses Deutschlandticket bzw. ein Ticket für den ÖPNV. Der
49 Bundesfreiwilligendienst darf nicht dazu genutzt werden,
50 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in sozialen und kulturellen Berufen
51 zu ersetzen und so Lohnkosten einzusparen. Eine Dienstpflicht droht dieses
52 Problem angesichts des Fachkräftemangels in diesen Arbeitsfeldern massiv
53 auszuweiten.

54 Freiwilligendienste scheitern häufig an enttäuschten Erwartungen (zum Teil auf
55 beiden Seiten), fehlenden finanziellen Mitteln und unzureichender Betreuung.
56 Zudem haben die herausfordernden Haushaltslagen der vergangenen Jahre den
57 Verbänden oft die Planungssicherheit für die Einsatzstellen erschwert. Hier
58 braucht es eine stabilere Finanzierung. Gerade in von Krisen geprägten Zeiten
59 ist ein gesellschaftliches Zusammenkommen wichtig, ebenso wie eine verstärkte
60 Wertschätzung für ehrenamtliche Arbeit, die allen Menschen offensteht. Das
61 Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen für die Bundestagswahl 2025 hat die
62 richtige Richtung eingeschlagen: Es sieht den Rechtsanspruch auf einen
63 Freiwilligendienstplatz mit einem entsprechenden Ausbau der
64 Bundesfreiwilligendienste und ausreichender Finanzierung vor.

65 Stärkung der Verteidigungsfähigkeit durch Reform in der Bundeswehr

66 Grundsätzlich ist es richtig, dass der Bund die finanziellen Grundlagen dafür
67 geschaffen hat, dass Deutschland verteidigungsfähig wird und ein zuverlässiger
68 Bündnispartner sein kann. Gleichzeitig ist eine kritische gesellschaftliche
69 Debatte über Problemlagen bei der Bundeswehr und ein Fokus auf ziviler
70 Friedenssicherung besonders in der aktuellen Weltlage unverzichtbar. Für uns
71 Grüne ist dabei klar: Für Investitionen in Rüstungsvorhaben braucht es
72 Transparenz und eine gestärkte parlamentarische Kontrolle. Hier sehen wir nach
73 wie vor gravierende Missstände etwa im Rahmen des Beschaffungssystems. Um diese
74 Verteidigungsfähigkeit zu erreichen und für die aktuellen außenpolitischen
75 Entwicklungen gewappnet zu sein, braucht die Bundeswehr Nachwuchs und gut
76 ausgebildete Fachkräfte.

77 Um dieses Ziel zu erreichen, muss sich die Bundeswehr zu einem attraktiveren
78 Arbeitsumfeld entwickeln. Die strukturellen Probleme mit Diskriminierung,
79 Sexismus, rechten Tendenzen und Netzwerken unter Soldat*innen in der Bundeswehr
80 müssen daher zwingend angegangen werden. Nur so kann die Bundeswehr für die
81 Gesellschaft geöffnet werden und jungen Menschen Perspektiven bieten.

82 Im Vergleich zu anderen Freiwilligendiensten liegt der monatliche Wehrsold für
83 freiwillig Wehrdienstleistende mit 1.837 € und kostenlosem Bahnfahren deutlich
84 höher. Das neue Wehrdienstgesetz sieht eine weitere Erhöhung dieser Besoldung
85 vor. Eine angemessene Vergütung ist zwar wichtig, hat aber bisher nur bedingt zu
86 einem umfangreichen Anstieg an Wehrdienstleistenden geführt. Erforderlich ist
87 hierfür eine Veränderung der Tätigkeiten und der Arbeitskultur, damit die
88 Bundeswehr für Menschen, die einen Dienst leisten wollen, ein sicherer und

89 inklusiver Arbeitsort ist. Dieses Ungleichgewicht, gerade im Bezug auf die
90 Vergütung bei sozialen Diensten wirft nicht nur Fragen nach gesellschaftlicher
91 Wertschätzung auf, sondern führt auch dazu, dass die Bundeswehr für
92 marginalisierte Jugendliche eine der wenigen Möglichkeiten ist, schnell
93 finanziell unabhängig zu werden. Während dies die Wahlfreiheit aus finanziellen
94 Gründen effektiv einschränkt ist der Wehrdienst für privilegierte Menschen
95 dagegen leichter abzulehnen.

96 Dienstpflichten lösen keine aktuellen Probleme

97 Wir lehnen Dienstpflichten sowie das neue Wehrdienstgesetz, das die
98 Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, ab. Durch eine solche Pflicht für
99 junge Menschen (und in Bezug auf den Wehrdienst aktuell explizit für junge
100 Männer) wird die gemeinschaftliche Verantwortung auf diejenigen abgewälzt, die
101 bereits unter den anhaltenden Versäumnissen der letzten Jahrzehnte leiden. Auch
102 eine Dienstpflicht für alle Geschlechter würde die ungleiche Verteilung von
103 Carearbeit in der Gesellschaft ausblenden und diese Ungerechtigkeit dabei noch
104 verschärfen. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten werden dadurch bestärkt,
105 anstatt dringend benötigte Kapazitäten freizusetzen und notwendiges Engagement
106 sowie die Entwicklung von Fachkräften zu unterstützen und den gesellschaftlichen
107 Zusammenhalt zu stärken. Die Diskussion um die Einführung eines verpflichtenden
108 Dienstjahres ist oft mit überzogenen Erwartungen verbunden, was die zu
109 erwartenden Veränderungen betrifft. So können junge Menschen im Rahmen eines
110 Freiwilligendienstes mit Sicherheit eine Bereicherung in der Pflege- und
111 Betreuungsarbeit sein. Um den Fachkräftemangel zu bewältigen, sollten jedoch
112 andere Strategien verfolgt werden: eine bessere Bezahlung, attraktivere
113 Arbeitsbedingungen und schnellere Anerkennungsverfahren ausländischer
114 Abschlüsse.

115 Zudem bleiben wesentliche Fragen in diesem Zusammenhang offen: Die Einführung
116 eines Pflichtdienstes wäre mit immensen Kosten verbunden. Schon jetzt reichen
117 die finanziellen Mittel nicht aus, um den Freiwilligendienstleistenden ein
118 Ticket für den ÖPNV oder ein ausreichendes Taschengeld zu finanzieren. Zudem
119 müssen junge Leute gut betreut werden, wenn sie beispielsweise in sozialen
120 Berufen arbeiten. Auch dafür fehlt in vielen Bereichen schon jetzt das Personal.
121 Ein Pflichtdienst wäre einer jungen Generation gegenüber jedoch nicht fair.

122 Als Bündnis90/Die Grünen Bremen sind wir überzeugt, dass unser Land und unsere
123 Gesellschaft von einer Stärkung der freiwilligen Dienste und einer reformierten,
124 inklusiven Bundeswehr und einer umfassenden Debatte über gesellschaftliche
125 Solidarität profitieren werden. Wir öffnen damit einen Raum für strukturelle
126 Lösungen, die unserer Gesellschaft dienen, zu einer wertschätzenden
127 Ehrenamtskultur beitragen und gleichzeitig die Verteidigungsfähigkeit sichern,
128 ohne auf veraltete und ungerechte Modelle wie die Wehrpflicht zurückzugreifen.

Unterstützer*innen

Désirée Schwindenhammer (KV Bremen-Mitte); Sebastian Illigens (KV Bremen-Mitte); Vittoria Helzer (KV Bremen Links der Weser (LdW)); Hendrik Pröhl (KV Bremen Links der Weser (LdW)); Laura Hollerweger (LV Grüne Jugend Bremen); Christian Neuhäuser (KV Bremerhaven)